

Hamburger Erklärung des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands
vom 10. Januar 2004

Deutschland kann mehr!

- Politische Handlungsfelder der CDU im Jahr 2004 -

Das zurückliegende Jahr 2003 war ein schwieriges Jahr für Deutschland. Die Regierung hat es nicht vermocht, die seit Jahren anhaltende Wachstums- und Beschäftigungsschwäche zu überwinden. Massiv zurückgehende Einnahmen der öffentlichen Haushalte, eine schrumpfende Beschäftigung, weiter ungelöste Strukturprobleme am Arbeitsmarkt und zunehmende strukturelle und finanzielle Verwerfungen in den Sozialsystemen bedrohen Wohlstand und soziale Sicherheit ebenso wie die Handlungsfähigkeit des Staates.

Die CDU hat das Jahr 2003 gut genutzt. Mit den neuen Konzepten zur Sicherung der Sozialsysteme, mit dem Plan zur radikalen Reform des Einkommensteuerrechtes und mit den Vorschlägen zur Flexibilisierung und Belebung des Arbeitsmarktes sind weit tragende Neuansätze vorgelegt worden, die hervorragend geeignet sind, für unser Land einen neuen Anfang zu schaffen und den Weg in eine bessere Zukunft zu ebnen. Dabei bleibt es unser vorrangiges Ziel, die Beschäftigung in Deutschland maßgeblich zu steigern. Wir wollen die Bedingungen so gestalten, dass jeder, der arbeiten will, die Möglichkeit dazu erhält. Unser Menschenbild verpflichtet uns, den Menschen Zugang zu einem selbst bestimmten und selbst verantworteten Leben zu ermöglichen.

Die Bundesregierung bleibt aufgefordert, die überfälligen Regelungen für einen flexiblen Arbeitsmarkt vorzulegen. Darüber hinaus wird die Bundesregierung aufgefordert, einen Gesetzentwurf für eine umfassende Steuerreform umgehend vorzulegen. Eine Regierung, die wartet, statt zu handeln, verweigert die Aufgabe, für die sie ins Amt gewählt wurde. Die Bundesregierung muss sagen, was sie will - konkret und umsetzungsfähig. CDU und CSU werden dann sehr rasch eine gemeinsame Bewertung der Regierungsvorschläge vornehmen. Maßgeblich ist aus

Sicht der CDU eine durchgreifende Vereinfachung des Steuerrechtes. Denn nur was wirklich einfach ist, kann auch wieder zu mehr Gerechtigkeit führen. Deshalb hält die CDU fest an der Neufassung des Einkommensteuerrechtes, an der von ihr beschlossenen weitgehenden Abschaffung aller Ausnahmetatbestände und an der Einführung eines dreistufigen Tarifverlaufes.

Die CDU hat sich in schwieriger Lage als konstruktive Opposition erwiesen, die bereit und fähig war, mit der Regierung dort zusammen zu wirken, wo vernünftige Ergebnisse zu erreichen waren. Allerdings sind die mit der Regierung mühsam ausgehandelten Kompromisse noch weit davon entfernt, als dauerhafte Lösungen gelten zu können.

Deutschland braucht mehr. Deutschland kann mehr!

Für die CDU hat eine Politik für mehr Wachstum und Beschäftigung oberste Priorität. Nur durch mehr Wachstum können wir die schleichende Erosion der Fundamente unseres Wohlstandes stoppen und umkehren. Ohne Wachstum hat Deutschland keine Zukunft.

Deutschland befindet sich seit Jahren am Ende der Wachstumsliga in Europa. Das muss nicht so sein. Andere entwickelte Volkswirtschaften machen weit mehr aus ihren Möglichkeiten. Mehr Wachstum führt in Deutschland derzeit erst ab einer Größenordnung von etwa 2 Prozent zu mehr Beschäftigung. Wir wollen diese Schwelle senken, um einen deutlich höheren Wachstumsschub zu erreichen. Dieses Ziel hat oberste Priorität, auf dieses Ziel müssen alle anderen politischen Aufgaben hingeordnet werden.

In Deutschland muss endlich mit einer Illusion aufgeräumt werden: Mehr Wachstum wird nicht durch weniger, sondern nur durch mehr Arbeit erzielt. Notwendig ist deshalb u. a. eine Modernisierung des Tarifvertragsgesetzes und die Ermöglichung flexibler betrieblicher Bündnisse für Arbeit.

Die CDU wird deshalb das Thema „Wachstum“ in das Zentrum ihrer politischen Arbeit des Jahres 2004 stellen. Zusammen mit den Beschlüssen des Jahres 2003 sollen unsere Arbeiten münden in einen „Masterplan Deutschland“, der festlegt, was kurzfristig anzugehen ist und was auf mittlere bis längere Frist erreicht werden soll.

Die CDU bleibt die Partei der finanziellen Solidität. Immer neue Schulden sind Steuern von morgen und behindern das Wachstum. Deswegen müssen alle Anstrengungen unternommen werden, die europäischen Stabilitätskriterien einzuhalten und damit das Vertrauen in die Gemeinschaftswährung zu gewährleisten.

Mehr Wachstum kann nicht durch eine eindimensionale Strategie erzielt werden. Vor allem braucht Deutschland eine weitere Flexibilisierung und Deregulierung des Arbeitsmarktes und weitere Kraftanstrengungen, um mit dem internationalen Wettbewerbsdruck konkurrieren zu können und mittelfristig wieder einen Spitzenplatz in Europa und der Welt einzunehmen. Notwendig sind u. a. Öffnungsklauseln in den Tarifverträgen, mehr Möglichkeiten für betriebliche Bündnisse für Arbeit, ein beschäftigungsfördernder Kündigungsschutz und eine aktivierende Sozialhilfe. In Arbeitspaketen mit insgesamt acht Schwerpunkt-Themen wird die CDU ihr politisches Konzept für mehr Wachstum und Beschäftigung in Deutschland entfalten:

1. Mehr Wachstum durch Arbeit in neuen Erwerbsstrukturen

Ein zentrales Problem der deutschen Politik ist der Mangel an für Arbeitgeber bezahlbarer und für Arbeitnehmer finanziell attraktiver Arbeit und an Strukturen, in denen sich produktive Arbeit entfalten kann. Zu viele Bereiche, in denen sich produktive Arbeit entfalten könnte, sind durch staatliche Bewirtschaftung oder starre Regulierung versperrt. Wir brauchen in Deutschland eine wesentlich stärkere Umschichtung der Mittel zur Förderung des zweiten Arbeitsmarktes zu Gunsten von Infrastrukturmaßnahmen und direkten Zuschüssen für geringfügige und niedrigentlohnte Beschäftigte, um so den ersten Arbeitsmarkt zu stärken.

Einfache Arbeiten fallen nicht nur in Betrieben, sondern auch in privaten Haushalten an. Dieser Bereich des Arbeitsmarktes bietet vielfältige Beschäftigungen gerade für solche, die nur zeitweise Arbeit suchen oder die geringer qualifiziert sind. Der Kampf gegen die Schwarzarbeit gerade in diesem Bereich darf nicht zu einer Kriminalisierung ganzer Bevölkerungsgruppen führen. Notwendig sind angemessene und wirksame Anreize, um als Arbeitgeber legal zu beschäftigen und als Arbeitnehmer legal beschäftigt zu werden.

Ohne einen funktionierenden Niedriglohnbereich und ohne Belebung des Potentials, das im haushaltsnahen Dienstleistungsbereich liegt, wird Deutschland sein Beschäftigungsproblem nicht lösen können.

Die CDU wird ihr Konzept für die grundlegende Neuordnung des Niedriglohnbereiches weiterentwickeln und erneut auf die Tagesordnung der Reformen in Deutschland setzen.

Um zu mehr Beschäftigung und damit zu mehr Wachstum zu kommen, ist es nach Auffassung der CDU unerlässlich, die Zeitsouveränität der Arbeitnehmer zu stärken. Dazu gehören das Ansparen von Überstunden auf Arbeitszeitkonten oder die flexible Verrechnung von zeitweiliger Mehrarbeit mit Langzeit- oder Lebensarbeitszeiten, sofern sie gegen Insolvenz geschützt ist. Die gegenwärtig noch gültigen Beschränkungen der Zeitarbeit müssen abgebaut werden, um weitere Beschäftigungspotentiale zu erschließen.

Ziel muss es sein, baldmöglichst die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen für eine Stärkung der Zeitsouveränität der Arbeitnehmer.

2. Mehr Wachstum durch mehr Wettbewerb

Die Wettbewerbsordnung gehört zu den großen Errungenschaften der Sozialen Marktwirtschaft. Wettbewerb ist Voraussetzung für Fortschritt und gesellschaftlichen Wandel. Wettbewerb sichert Freiheit und Wohlstand. Die Geschichte der sozialistischen Wirtschaftsordnungen hat gezeigt, zu welchen Folgen die Ausschaltung des Wettbewerbs führt.

Wettbewerb muss in allen Politikbereichen - von den sozialen Sicherungssystemen bis hin zum Bildungsbereich - Ordnungsprinzip sein. Die Erfahrungen im Energie- und Telekommunikationssektor haben gezeigt, dass Deregulierung und Wettbewerb Antrieb für Wachstum und Fortschritt sind.

Wachstum kann nicht vom Staat geplant werden. Der Staat muss Wachstum ermöglichen. Die deutsche Wirtschaft muss ihre Probleme im Wettbewerb der Unternehmen selber lösen. Der Bio-Regio-Wettbewerb Mitte der neunziger Jahre hat gezeigt, wie Deutschland in wenigen Jahren in der Biotechnologie an die europäische Spitze kommen konnte. Er ist ein exzellentes Beispiel für die effektive Kombination von freiem Wettbewerb und staatlicher Förderung.

Um Wettbewerb zu ermöglichen und damit mehr Wachstum erzielen zu können, muss der Abbau von Regulierungen als ständige Aufgabe begriffen werden. Die von der Bundesregierung vorgesehene Ausgestaltung des CO₂-Emissionshandels ist ein eklatantes Beispiel für eine wachstumsfeindliche Regulierung, da sie dazu führen wird, dass künftig in energieintensive Anlagen in Deutschland nicht mehr investiert wird.

Subventionen des Staates behindern Wettbewerb oder machen ihn sogar unmöglich. Sie verhindern längst fälligen Strukturwandel und wachstumsfördernde Innovationen. Die CDU tritt deshalb für einen intelligenten und mutigen Subventionsabbau in Deutschland ein.

Zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und damit der dezentralen Entscheidungsfindung ist eine wirkliche Gemeindefinanzreform erforderlich, bei der die Neuordnung der kommunalen Finanzquellen mit verbesserten Strukturen durch Hebesätze und Anreizen zum sparsamen Umgang mit öffentlichen Mitteln, verbunden mit einem nachhaltigen Abbau des Verwaltungsaufwandes für die Steuerbürokratie einhergeht mit einer Überprüfung der Aufgaben und damit der Ausgaben, um die Haushalte auf Dauer zu sanieren.

Notwendig ist auch ein konsequenter Wettbewerb zwischen den staatlichen Ebenen. Der föderale Wettbewerb um das bessere regionale Wirtschaftskonzept dient dem ebenso wie der Wettbewerb um die besten Möglichkeiten Langzeitarbeitslose durch Kommunen gezielt zu betreuen und wieder in Arbeit zu bringen.

Wir werden einen Erfahrungsbericht erstellen über erfolgversprechende kommunale Strategien zur Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt und diesen mit den Verantwortlichen in der Kommunalpolitik diskutieren.

3. Mehr Wachstum durch technologische Innovation

Damit Forschungsergebnisse rasch in Produkte und Dienstleistungen umgesetzt werden können, müssen die Rahmenbedingungen in Deutschland wesentlich innovationsfreundlicher ausgestaltet werden. Voraussetzung für Investitionen in Innovationen ist vor allem Freiheit. Erst der Schutz vor bürokratischer Gängelung, der Schutz vor einer Überlast an Abgaben und Gebühren und ein neuer gesellschaftlicher Konsens, der die Chancen statt die Risiken in den Mittelpunkt der Diskussion rückt, schaffen genügend Freiraum für Innovation und Erneuerung.

Voraussetzung für Investitionen in Innovationen ist Rechtssicherheit. Wer in Neuheiten investiert, muss die Sicherheit haben können, dass sich die Innovation langfristig bezahlt macht. Innovationsfeindliche, sachlich nicht begründbare Regulierungen müssen abgeschafft werden. Deutschland muss sein Patentrecht innovationsfreundlich weiterentwickeln.

Technische Entwicklungen aus Deutschland müssen zunächst einmal eine Chance auf Realisierung im eigenen Land haben, sonst können sie international nicht vermarktet werden. Beispiele für das krasse Gegenteil dessen sind der Nichtbau des Transrapid in Deutschland und die Stilllegungsbeschlüsse für deutsche Kernkraftwerke.

Deutschland muss seine Politik stärker darauf ausrichten, Innovationen auch international vermarkten zu können. Dies setzt voraus, dass internationale technologische Standards nicht durch unsinnige nationale Vorschriften blockiert werden.

Die Wirtschaft - insbesondere der Mittelstand - und die Forschungseinrichtungen sind aufgefordert, die schlimmsten Innovationshemmnisse in Deutschland zu benennen. Die CDU wird die eingehenden Hinweise in ein „Programm zum Abbau der 100 schlimmsten Innovationshemmnisse“ einarbeiten, das ab 2005 zumindest in den CDU-regierten Ländern umgesetzt werden soll.

4. Mehr Wachstum durch Qualifikation und Elitenbildung

Deutschlands Wachstumschancen hängen vor allem davon ab, dass unser Land technologisch anspruchsvolle und innovative Produkte im internationalen Wettbewerb erfolgreich vermarkten kann. Die dafür notwendigen wichtigsten Rohstoffe sind der Erfindungsreichtum, die Kreativität und die Intelligenz der in Deutschland arbeitenden Forscher, Erfinder, Ingenieure und Facharbeiter. Deutschland braucht Eliten in allen Bereichen wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Tätigkeiten. Der Vorschlag der SPD, Eliteuniversitäten in Deutschland zu gründen, kuriert lediglich am Symptom. Es bedarf eines wesentlich umfassenderen Ansatzes, um unser Land vor einem internationalen Bildungsgefälle zu seinen Lasten zu bewahren. Wir treten nachdrücklich dafür ein, den föderalen Wettbewerb gerade auch im Bildungswesen als Triebfeder für Qualität und Wachstum zu intensivieren.

Die bestmögliche Entfaltung und Entwicklung der Fähigkeiten von Kindern und Jugendlichen ist der zentrale Anspruch an ein leistungsfähiges Bildungswesen. Niemand darf zum Modernisierungsverlierer werden und keiner soll seine Talente verstecken müssen. Die begonnenen Bildungsreformen mit der Einführung von Bildungsstandards in allen 16 Ländern und der Evaluation von Unterrichtsergebnissen muss konsequent fortgesetzt werden. Bildung beginnt nicht erst in der Schule und hört nicht mit der Schule auf: Lebensbegleitendes Lernen ist unverzichtbar. Der Bildungsauftrag der Kindertagesstätten muss gestärkt werden und

Sprache als Schlüssel für erfolgreiche Bildung bereits in frühen Jahren umfassend gefördert werden.

Die CDU tritt dafür ein, an den deutschen Hochschulen eine umfassende Offensive für mehr Freiheit und mehr Effizienz in Forschung und Lehre zu starten. Dazu gehört die Schaffung eines eigenen, flexiblen Dienstrechtes und besondere Besoldungsstrukturen, um sicherzustellen, dass sich Leistung auszahlt und um die besten Fachkräfte in Lehre, Forschung und Entwicklung gewinnen zu können. Die Anstellung von Hochschullehrern außerhalb des Beamtenverhältnisses soll künftig möglich sein.

Die Hochschulen müssen ihre Lehrkapazität effektiver mit der Forschungskapazität der außeruniversitären Forschungseinrichtung verbinden. Die immer noch viel zu starre Abschottung der Hochschulen gegenüber Wirtschaft, Mittelstand und Handwerk muss überwunden werden, um einen erfolgreichen Transfer von Wissen, Technologie und Personal zu erreichen. Stifter und Sponsoren müssen bessere Möglichkeiten zur Förderung der Wissenschaften und des wissenschaftlichen Nachwuchses haben.

Die gezielte Begabten- und Elitenförderung muss deutlich ausgebaut werden. Um den Hochschulen die Bildung eines eigenen wissenschaftlichen Profils zu ermöglichen, sollen sie in die Lage versetzt werden, alle ihre Studierenden selbst auszuwählen. Die Zentralstelle zur Vergabe von Studienplätzen wird abgeschafft.

Das Verhältnis von Professoren zu Studierenden liegt in deutschen Hochschulen wie der Universität Köln bei 1:125. In Harvard liegt es bei 1:7. Die Folgen sind eine bundesdurchschnittliche Studiendauer von mehr als 16 Semestern und Abbrecherquoten von bis zu 90 Prozent in einzelnen Studiengängen. Ziel muss es sein, dass Studenten spätestens mit 24 oder 25 Jahren ins Erwerbsleben einsteigen. Die Hochschulen müssen endlich auch für den Erfolg ihrer Lehrleistungen verantwortlich werden. Es müssen Verfahren entwickelt werden, die geeignet sind, potentielle Studienabbrecher sehr frühzeitig in andere Bildungsgänge zu bringen.

Die CDU tritt dafür ein, das Studienfinanzierungs-System in Deutschland auf eine langfristig gesicherte Grundlage zu stellen. Das Verbot von Studiengebühren im Hochschulrahmengesetz muss abgeschafft werden. Sozial verträgliche Gebühren stellen sicher, dass begabte junge Menschen alle Bildungsmöglichkeiten nutzen können, und geben den Hochschulen zusätzliche Mittel zur Verbesserung der Studienbedingungen.

Die CDU fordert für die vor uns liegende Dekade ein Hochschulsonderprogramm mit einem Volumen von 5 Mrd. Euro, um die chronische Unterfinanzierung der Hochschulen beseitigen und die Forschungsmöglichkeiten sowie die Betreuungsrelationen verbessern zu können. Das Programm soll durch eine Reduzierung der Subventionen finanziert werden, die der Bundeskanzler zur Förderung der deutschen Steinkohle bis 2012 zugesagt hat.

Im Rahmen ihres Schwerpunkt-Themas „Wachstum“ wird die CDU unter anderem eine Bund-Länder-Konferenz zur Bildungsreform in Deutschland initiieren, um den gesamten Reformbedarf in diesem Bereich nach Prioritäten bewerten und konkrete Maßnahmen entwickeln zu können.

5. Mehr Wachstum durch moderne Infrastruktur

Eine moderne Wirtschaft ist auf schnelle und preiswerte Mobilität angewiesen; unzureichende Verkehrsinfrastrukturen gehören zu den schädlichsten Wachstumsbremsen. Bei gleich gutem Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in Ostdeutschland wäre die gegenüber dem Westen bestehende Produktivitätslücke um 10 Prozentpunkte niedriger.

Die CDU bewertet die von der Bundesregierung vorgenommene Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplanes als absolut unzureichend. Nach Angaben des Bundesforschungsministeriums beträgt der volkswirtschaftliche Schaden, der alleine durch stockenden oder stehenden Straßenverkehr entsteht, jährlich 100 Milliarden Euro.

Um Bund und Länder beim Verkehrswegebau nicht zu überfordern, tritt die CDU dafür ein, den Bundesfernstraßenbau auf breiter Front für private Finanzierungsmodelle zu öffnen. Ziel muss es sein, den Mittelaufwand für Investitionen in die Verkehrswege mittelfristig um 50 Prozent zu steigern. Um diese Mittel aufbringen zu können, muss die Bundesregierung schnellstmöglich die Einführung der LKW-Maut in einem handwerklich sauberen Verfahren umsetzen.

Die CDU-geführten Landesregierungen und die CDU-Landtagsfraktionen in den neuen Ländern werden im Laufe des Jahres 2004 eine kritische Bestandsaufnahme der „Verkehrsprojekte Deutsche Einheit“ vornehmen und auf dieser Grundlage einen „Aufholplan Ost zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur“ erarbeiten.

Zu einer modernen Infrastruktur zählt auch, dass Deutschland attraktive gesetzliche Bedingungen für Finanzdienstleistungen bietet. Überholte Regulierungen führen dazu, dass Finanzdienstleister ins Ausland abwandern und entsprechende Gewinne nicht in Deutschland versteuert werden.

6. Neue Wachstumsstrategien für Regionen im Strukturwandel

In Westdeutschland haben in den zurückliegenden Jahrzehnten nicht wenige Regionen mit überalterten Industriestrukturen schmerzhaft Wandlungsprozesse verkraften müssen. Dieser Strukturwandel hat das Gebiet der ehemaligen DDR insgesamt betroffen. Es gibt dort inzwischen hervorragende Beispiele eines gelungenen Strukturwandels. Es sind aber noch zahlreiche Regionen von gezielter Förderung abhängig, um eine ausreichende Wirtschafts- und Wachstumskraft entfalten zu können. Dies gilt auch für einige Regionen in Westdeutschland, die den Strukturwandel noch nicht aus eigener Kraft bewältigt haben.

Zur Bewältigung des Strukturwandels muss den betroffenen Regionen die Möglichkeit eröffnet werden, mehr Freiheit für eigene Wege gehen zu können, wenn dies erfolgversprechend erscheint. Die CDU tritt daher dafür ein, zur gezielten Förderung von industriellen Ansiedlungen und Investitionen in den einschlägigen Bundesgesetzen Öffnungs- und Experimentierklauseln zu schaffen, die z.B.

vereinfachte und schnellere Genehmigungs- und Planfeststellungsverfahren ermöglichen.

Die Fördermaßnahmen zur Bewältigung des Strukturwandels müssen stärker Schwerpunkte bilden, die gezielt die Wachstumspole einer Region stärken. Um solche Pole herum bilden sich Netzwerke von Zulieferern und Dienstleistern; darüber hinaus entstehen „Abstrahleffekte“ dieser Zentren in das Umland.

Der wirtschaftliche Strukturwandel gelingt dort am ehesten, wo viele selbständige Existenzen gegründet werden, die neue Arbeitsplätze schaffen. Deutschland braucht hier einen Mentalitätswandel hin zur „zweiten Chance“. Wer im ersten Anlauf als Existenzgründer scheitert, darf nicht gesellschaftlich stigmatisiert werden, sondern muss eine zweite Chance erhalten. Der Förderung selbstständiger Existenzen insbesondere im Hinblick auf die Eigenkapitalausstattung muss deshalb hohe Priorität eingeräumt werden.

Deutschland kann aus den Erfahrungen, die andere Länder in Europa mit der Bewältigung des Strukturwandels gemacht haben, erheblichen Nutzen ziehen. Wir werden deshalb unsere Wachstumsstrategien für Regionen im Strukturwandel vor der Verabschiedung in Gesprächen mit Partnern aus Regionen in Europa, die den Strukturwandel erfolgreich bewältigt haben, einer kritischen Diskussion aussetzen.

7. Wachstumschancen durch die EU-Erweiterung

Durch die Erweiterung der Europäischen Union um die Staaten Mittel- und Osteuropas wächst Deutschland auch wirtschaftspolitisch aus seiner Randlage heraus und wird dann von EU-Partnern umgeben sein. Gerade wir Deutschen werden von der EU-Erweiterung erheblich profitieren, weil sich dadurch neue Marktchancen erschließen und Arbeitsplätze in Deutschland gesichert oder sogar neu geschaffen werden. Dies gilt insbesondere auch für den Mittelstand. Gerade die Beitrittsländer an der Ost- und Südostgrenze Deutschlands sind ein vielversprechender Wachstumsmarkt sozusagen „vor der eigenen Haustüre“. Insbesondere im Bereich der Anlagen- und Investitionsgüter und nachfolgend im

Bereich der Service- und Reparaturdienstleistungen eröffnen sich große Chancen, zu mehr Wachstum in Deutschland zu kommen.

Im Rahmen der EU-Erweiterung muss sichergestellt werden, dass kein Verdrängungswettbewerb im Niedriglohnbereich entsteht. Unsere Bemühungen zur Stärkung des Niedriglohnsektors durch die Kombination von Transferleistungen und regulärer Arbeit haben gerade für den Grenzbereich zu den neuen EU-Mitgliedsländern existentielle Bedeutung.

Vor dem Hintergrund der Auswirkungen des Beitritts weiterer Länder zur Europäischen Union ist die bevorstehende Wahl zum Europäischen Parlament besonders wichtig. Die Mitglieder der CDU/CSU-Gruppe der Fraktion der EVP im Europäischen Parlament werden unmittelbar nach der Europa-Wahl weitere Initiativen für die Grenzregionen ergreifen. Zum Jahreswechsel 2004/05 werden sie einen Bericht über die Auswirkungen der EU-Erweiterung auf Arbeitnehmer und Betriebe in den Grenzregionen vorlegen.

8. Mehr Wachstum durch modernes Regieren und Verwalten

In Deutschland wird zuviel Arbeitskraft und werden zu viele Finanzmittel dafür aufgewandt, bürokratische Regelungen zu befolgen. Unser Land steht in der durchaus konkreten Gefahr, dass wirtschaftliche Dynamik und Innovationsfähigkeit durch staatliche Reglementierung und bürokratischen Perfektionismus erstickt werden. Mehr wirtschaftliches Wachstum wird nur dann entstehen können, wenn es gelingt, den Wust an Vorschriften, Verordnungen und Regelungen grundlegend auszudünnen und auf das unbedingt Notwendige zu beschränken. Dies setzt freilich voraus, dass der Verwaltung vor Ort ein weitaus höheres Maß an Ermessensspielräumen eingeräumt wird, als dies gegenwärtig der Fall ist.

Um die Aufgaben der Kommunen sachgerecht finanzieren zu können, ist eine Neuordnung der kommunalen Finanzierungsquellen dringend erforderlich.

Verwaltungsvorschriften sollen künftig mit einer zeitlichen Befristung versehen werden, um eine regelmäßige Überprüfung ihrer Praktikabilität bzw. ihrer Notwendigkeit zu gewährleisten. Eine CDU-geführte Bundesregierung wird die bestehenden Gesetze, Verordnungen und Vorschriften mit dem Ziel entrümpeln, den Bestand um 50 Prozent zu reduzieren.

Die Föderalismuskommission des Bundes und der Länder ist aus Sicht der CDU ein wichtiges Instrument, Transparenz und klare Zuständigkeiten zu schaffen sowie Verfahren zu vereinfachen und zu beschleunigen. Auf diese Weise können unnötige Kosten vermieden und zusätzliche wirtschaftliche Dynamik entfaltet werden.

Das Berufsbeamtentum ist nach Auffassung der CDU für die Wahrnehmung hoheitlicher Aufgaben unverzichtbar. Notwendig sind allerdings intensive Maßnahmen, um die von Beamten getragene Verwaltung leistungsorientierter, flexibler und effizienter zu machen. Dazu gehört auch eine Flexibilisierung des Dienstrechtes. Der verstärkte Einsatz moderner Informationstechnik und neuer Steuerungs- und Führungsinstrumente sind unverzichtbare Schritte zur Modernisierung der Verwaltung und zur sparsameren Mittelverwendung.

Die CDU hat mit ihrem „Projekt Bürgerpartei“ für die Parteiarbeit eine Vielzahl von Maßnahmen für modernes Verwalten beschlossen. Sie wird darüber hinaus auf Bundesebene im Laufe des Jahres 2004 zu papierlosen Gremien-Sitzungen übergehen.

+ + +

Die Ergebnisse der acht Arbeitspakete wird der Bundesvorstand der CDU in einem Leitantrag an den 18. Parteitag am 6. und 7. Dezember 2004 in Düsseldorf zusammenfassen. Darin werden die wesentlichen Wachstumsbremsen in Deutschland benannt, Wege zu ihrer Beseitigung aufgezeigt und ein effizientes Konzept für einen ambitionierten, nachhaltigen Wachstumsschub entworfen. Der Düsseldorfer Parteitag wird dieses Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung

diskutieren und beschließen. Die Menschen in Deutschland können sich weiterhin darauf verlassen, dass die CDU offen darlegt, wie eine von ihr gestaltete Zukunft aussehen wird.

+ + +

Im Jahr 2004 stehen insgesamt 14 Wahlen an. Gleichwohl dürfen die anstehenden Wahlen die politische Arbeit nicht hemmen. Rot-Grün hat in den zurückliegenden Jahren schon zu viel Zeit vergeudet. Die Politik in Deutschland muss trotz anstehender Wahlen die Kraft aufbringen, längst überfällige Verkrustungen aufzubrechen und neue Wege zu gehen, damit mehr Wachstum entstehen und neue Arbeitsplätze geschaffen werden können. Die CDU ist dazu bereit.

Am 29. Februar wird Hamburg eine neue Bürgerschaft wählen. Der Bundesvorstand der CDU ruft alle Hamburger Wählerinnen und Wähler auf, bei dieser Wahl ein klares und eindeutiges Votum für den Ersten Bürgermeister Ole von Beust und die CDU abzugeben. Hamburg hat in den zurückliegenden zwei Jahren unter Führung der CDU erhebliche Fortschritte verzeichnen können. Dieser Erfolgskurs darf nicht wieder gefährdet werden. Eine Mehrheit für Rot-Grün wäre ein fataler Rückschritt für Hamburg. Wer Ole von Beust weiterhin als Ersten Bürgermeister für Hamburg will, der muss CDU wählen!